

In dürftiger Zukunft

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **105 (2011)**

Heft 10

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wer rettet das Chaos vor sich selber?

Dort, wo es ein Bedürfnis gibt, gewisse Dinge geheim zu halten, und dort, wo eine Scheu besteht, gewisse Dinge auszuplaudern, besteht der Glaube, das Gesagte könne etwas bewirken. In Zeiten von Wikileaks geht es diesem Glauben aber immer schlechter. Aber auch, weil der Wirtschaftsteil in den Zeitungen seit der Finanzkrise immer mehr einer sozialdemokratischen Volksuniversität gleicht, als einem Geheimorgan für Unternehmer und Millionäre. Jedoch sogar dort, wo letztere noch angesprochen sind, geschieht das in einer so grossen Klarheit und Unverblümtheit, dass man kaum mehr zu hoffen wagt, die Reichen hätten noch Respekt vor den Interventionen einer aufgeklärten Öffentlichkeit. Die Offenheit der einen verstärkt also die Wirkungslosigkeit der anderen. Genau deswegen aber ist der Wirtschaftsteil im Moment ziemlich interessant.

Es ist genau ein Jahr her, als Gerhard Schwarz, ehemaliger Chefideologe der NZZ, in seinem letzten wirtschaftsphilosophischen Leitartikel vor seinem Abgang folgendes geschrieben hat:

«Wir beschädigen die Funktionstüchtigkeit der Marktwirtschaft, ohne ihre unvermeidbare Volatilität, die konjunkturellen und strukturellen Einbrüche und Umbrüche, die Arbeitslosigkeit, die Preisausschläge und vieles mehr auch nur annähernd in den Griff zu bekommen. Wenn wir dagegen aufhören, unsere wirtschaftspolitische Gestaltungsfähigkeit zu überschätzen, werden wir zwar all diese chaotischen Entwicklungen auch erleben, aber sie werden weniger zurückgestaut werden, und sich daher auch weniger geballt entladen. Wenn wir mehr Mut zur wirtschaftspolitischen Demut entwickeln, werden wir erkennen, dass das Chaos funktioniert – auch in der Wirtschaft – und dass wir uns vor seiner Ergebnisoffenheit weniger fürchten müssen, als vor dem, was die bewussten und unbewussten Interventionisten dieser Welt in ihrer konstruktivistischen Hybris entwerfen.»

Der esoterische und fatalistische Schlund, der sich hier hinter dem liberalen Mäntelchen auftut, und der schon immer das Bürgertum in den weltanschaulichen Rechtfertigungen seiner Unternehmungen begleitet hat, mag noch so erschreckend sein, recht hat Schwarz in der gegenwärtigen Phase der Krise trotzdem. Denn zu schwach oder

nicht willens, das Geld am richtigen Ort zurückzuholen, scheinen die staatlichen Interventionen im Moment gewisse Gesundungen des Systems eher zu verhindern als zu ermöglichen.

Commerzbank-Chef Martin Blessing, der noch vor drei Jahren für sein Institut um Finanzhilfe betteln musste, gab letzten Monat vor Frankfurter WirtschaftsjournalistInnen ein schönes Beispiel dafür, in welcher Hinsicht Schwarz recht hatte. Er plauderte zwei Dinge aus, die zeigen, wie schief die staatlichen Interventionen tatsächlich im Wind hängen. Erstens: Wenn der Euro zusammenbräche und die Staaten zu einzelnen Währungen zurückkehren müssten, dann würde diejenige Deutschlands mit einem Schlag um einen Drittel aufgewertet werden, was das Ende der Deutschen Exportweltmeisterschaft bedeuten würde. Das heisst: Alle Finanzpakete für den Euro helfen letztlich vor allem den Unternehmen jener Nationen, die sich wie Deutschland auf Kosten ihrer eigenen Bevölkerung mit Lohnkosten- und Steuersenkungen kaputt sparen und so die anderen Nationen aussaugen, die sich wegen dem Euro nicht mit einer Abwertung ihrer eigenen Währung helfen können. Zweitens: Es gebe nur noch eine begrenzte Bereitschaft der Banken, Staatsanleihen aus Mittelmeerstaaten zu kaufen. Seine Bank hat ihren Anteil von 180 Milliarden auf unter 100 Milliarden runtergefahren. Losgeworden ist er diese Risikopapiere zu einem guten Teil bei der Europäischen Zentralbank, die diese im grossen Stil aufkauft.

Auch Konrad Hummler, dem neuen Chefkolumnisten der NZZ, stösst dies, wenn auch aus anderer Perspektive, sauer auf: «Anstelle der Gläubiger, die eigentlich dafür vorgesehen wären, wird eine unbestimmte Menge ziemlich unbeteiligter Dritter die Last tragen müssen.» Man kann es drehen und wenden, wie man will: Entweder es gibt demokratische Kräfte, die erstens eine Umschuldung erwirken können, die zu einem grossen Teil durch die Banken und andere Profiteure getragen wird, und zweitens eine Rettung des Euro, die über Reichtums- und Kapitalgewinnsteuern finanziert wird – oder aber man überlässt bis dahin diese Dinge tatsächlich dem «Markt», der kaum weniger Heilung bringen wird, als staatliche Interventionen am Gängelband der Banken und Investoren.

Rolf Bossart